



www.dielinke-berlin-mitte.de

Die Linke

Bezirksverband
Mitte

mittendrin

Ausgabe 11 | 2024 • Information des Bezirksvorstandes und der BVV-Fraktion • DIE LINKE Berlin-Mitte | Tiergarten | Wedding



DIE LINKE NACH DEM BUNDESPARTEITAG IN HALLE

Neuaufbruch, Austritte und Kampfgeist

Die einzige sozialistische Partei, die im Deutschen Bundestag vertreten ist, traf sich zum Bundesparteitag vom 18. bis 20. Oktober in Halle an der Saale. Neben der Wahl eines neuen Parteivorstands wurden wichtige inhaltliche Entscheidungen getroffen.

Nach dem Parteitag verließen mehrere prominente Mitglieder die Partei. Für uns ist klar: Jedes Mitglied ist gleich viel wert. Die Linke Berlin Mitte tritt für eine kämpferische Linke mit einem deutlichen antikapitalistischen und friedenspolitischen Profil ein.

Viele meiner Mitstreitenden und ich waren mit den Ergebnissen des Bundesparteitages weitgehend glücklich.

Der neue Parteivorstand scheint nicht nur eine personelle, sondern auch eine inhaltliche Neuausrichtung zu tragen. Die Beschlüsse atmen den Geist einer sozialistischen Antikriegspartei, die bereit ist, sich mit den Herrschenden anzulegen. Wir beschlossen beispielsweise einen Antrag zum Nahostkrieg, in dem die Bundesregierung zu einem sofortigen Stopp von Waffenlieferungen nach Israel aufgefordert wird und Antisemitismus eine klare Absage erteilt wird. Auch ein Antrag, in dem sich Die Linke unmissverständlich als Kämpferin für Mieterrechte positioniert, wurde mit großer Mehrheit angenommen. Es macht Mut, dass wir als Linke bereit

sind, gegen die Ungerechtigkeiten in diesem Land und weltweit zu kämpfen.

Doch schon am Tag nach dem Parteitag gab es den ersten prominenten Austritt: Die Abgeordnete im Landtag von Sachsen-Anhalt Henriette Quade trat am Montag nach dem Parteitag aus der Linken aus. Die Begründung: Sie könne den Beschluss gegen Waffenlieferungen nach Israel nicht mittragen. Nun ist es allerdings keine Neuigkeit, dass Die Linke gegen Waffenexporte in Kriegsgebiete ist. Es kommt vor, dass sich Mitglieder inhaltlich vom Parteiprogramm ihrer Partei entfrem-

➤ *Fortsetzung auf Seite 2*

Erneute Stationierung der US-Raketen verhindern!

Dokumentarfilm „Teufelszeug“ erinnert an Friedensdemo 1981

Filmvorführung und Diskussion

Montag, 18.11.2024, 18.00 - 21.00 Uhr

Kino Babylon, Rosa-Luxemburg-Str. 30, 10178 Berlin

Gezeigt wird der Dokumentarfilm „Teufelszeug“ von Walter Heynowski und Gerhard Scheumann. Im Anschluss liest Björn Harras historische Reden von der Friedensdemonstration 1981. Es folgt eine Diskussion mit Dr. Gesine Löttsch (MdB), Ines Schwerdtner (Parteivorsitzende Die Linke), Özlem Demirel (MdEP) und Lühr Henken (Friko Berlin). Martha Kleedörfer (Bezirksvorsitzende Die Linke Berlin Mitte) moderiert die Veranstaltung.

Die Veranstaltung ist kostenlos und eine Anmeldung nicht nötig.

➤ Fortsetzung von Seite 1

den — auch in anderen Parteien. In diesem Fall ist es angebracht, die über die Partei gewonnenen Ämter und Mandate niederzulegen.

Auch in Berlin gab es wenige Tage später eine Reihe von prominenten Ausritten: Klaus Lederer, Elke Breitenbach, Sebastian Scheel, Sebastian Schlüsselburg und Carsten Schatz verließen Die Linke — weil sie der Linken Antisemitismus nachsagen und sich laut eigener Aussage immer weniger für inhaltliche und strategische Positionen einsetzen könnten. Die genannten Personen setz-

ten sich in den letzten Jahren im Rahmen der Strömung „Progressive Linke“ für eine Entfernung von linken friedenspolitischen Positionen ein. Sichtbar wurde diese Distanz beispielsweise auf der Friedensdemo am 3. Oktober, an der Die Linke mit einem großen Block und der Rednerin Dr. Gesine Lötzsch teilnahm. Die Ex-Linken um Klaus Lederer fanden sich auf der Gegendemonstration für die bedingungslose militärische Unterstützung der Ukraine ein. Es schmerzt, dass ehemalige Mitstreiter*innen unsere sozialistische Partei verlassen — sei es aus inhaltlichen Gründen oder weil sie der Linken keine Aussichten mehr zu-

trauen. Fakt ist aber: In Zeiten von massivem Rechtsruck, Militarisierung und Sozialkürzungen haben wir kein Recht, die Hoffnung aufzugeben. Wir als Die Linke Berlin Mitte bleiben dabei. Wir haben nun die Gelegenheit — und die Pflicht —, nah an der lohnarbeitenden Klasse gegen Kürzungen, Mietenwahnsinn, Krieg und Rassismus zu kämpfen. Dafür zählt jedes Mitglied. Glücklicherweise gewinnt Die Linke in Berlin Mitte auch in diesen Zeiten viele neue Mitstreiter*innen. Wir krempeln die Ärmel hoch und packen es an.

Martha Kleedörfer,
Vorsitzende Die Linke Berlin Mitte

Jan van Aken, Vorsitzender der Linken



„Lasst uns die Milliardäre abschaffen!“, sein Ruf wurde von den Delegierten auf dem Parteitag in Halle mit starkem Beifall aufgenommen. „Ich habe keine Lust mehr, den Menschen zu erzählen, wie scheiße es ihnen geht!“

Er nennt sich selbst einen Pazifisten, bekundet das umfassend in seinem neuen Buch „Worte statt Waffen – wie Kriege enden und Frieden verhandelt werden kann“.

Der 1961 in Reinbek bei Hamburg geborene promovierte Biologe war 2004 bis 2006 Biowaffeninspekteur für die Vereinten Nationen. Als Gentechnikexperte und Aktivist hat er bei Greenpeace gelernt, wie man Kampagnen organisiert. Der Sohn einer Sekretärin und eines Werkzeugmachers war schon früh politisch aktiv, nach seinem Abitur campierte er in der „Republik Freies Wendland“ gegen das atomare Endlager in Gorleben. Statt Bundeswehr absolvierte er seinen Zivildienst im Hamburger Karolinenviertel.

2006 trat Jan van Aken der Linkspartei bei und wurde in Hamburg deren Spitzenkandidat bei der Bundestagswahl 2009. 2012 bis 2013 war er stellvertretender Vorsitzender der Partei, von 2016 bis 2022 Mitglied des Bundesvorstandes. Nach zwei Legislaturperioden schied er als Abgeordneter aus dem Bundestag aus, weil er grundsätzlich für eine Mandatsbegrenzung eintritt. Als Referent für internationale Konflikte bei der Rosa-Luxemburg-Stiftung lebte er bis zum Terrorangriff der Hamas im Oktober 2023 in Tel Aviv.

RECHTS- UND SOZIALBERATUNG

Haben Sie Ärger mit dem Amt oder Jobcenter? Probleme mit Vermieter*in, Inkasso oder Arbeitgeber*in? Dann kommen Sie gerne in unsere Sprechstunde!

Wenn möglich, melden Sie sich bitte vorher an. Sie können uns zu Ihrem Problem gerne per Mail informieren.
sozialberatung@linkstreff.de

Malplaquetstraße 12, 13347 Berlin, Tel.: 030 28705751
Sozialberatung: Jeden Freitag von 16 bis 18 Uhr

Ines Schwerdtner, Vorsitzende der Linken



„Als Sozialistin ist für mich nur folgerichtig, dass ich mich - egal ob in der Gewerkschaft, bei einer Zeitschrift, in einer sozialen Bewegung oder in der Partei - dort einbringe, wo ich gebraucht werde“, erklärte die neue Co-Vorsitzende der Partei Die Linke auf dem Parteitag in Halle. Die 35-jährige Politologin und Publizistin nennt sich ein „Wendekind“, zog nach ihrer Geburt im sächsischen Werdau mit ihrer Familie 1993 nach Hamburg. An der FU Berlin studierte sie Politikwissenschaften und Anglistik. Schon als Studentin war sie bei der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft Berlin tätig. Neben der Mitwirkung an verschiedenen Publikationen war sie Chefredakteurin der deutschsprachigen Ausgabe des sozialistischen Magazins „Jacobin“.

2023 wurde die Mutter eines Sohnes Mitglied der Linkspartei, der sie sich schon lange zuvor verbunden fühlte, kandidierte auf deren Liste zur Europawahl, fühlte sich aber schon lange zuvor mit ihr verbunden, war Mitinitiatorin des Bündnisses „Genug ist genug“ gegen massive Preissteigerungen, engagierte sich in der Kampagne „Deutsche Wohnen & Co. enteignen“.

„Wir müssen uns mit den Reichen und Mächtigen anlegen“, forderte sie auf dem Parteitag in Halle. „Wir sind die einzige Partei, die die Menschen ins Zentrum stellt“. In ihrem Büro im Karl-Liebknecht-Haus lädt sie Bürger in Not zu Sozialsprechstunden ein. „Während alle anderen nur reden, hören wir zu“, ist ihre Devise. „Und wir gehen in die Kieze, an die Haustüren, um die Menschen zu fragen, wo ihnen der Schuh drückt“.

KOSTENLOSE SOZIAL- UND MIETERBERATUNG

der Linksfraktion in der BVV und des Bezirksvorstandes der Partei Die Linke – mit **Rechtsanwalt André Roesener**

- an jedem **ersten Mittwoch des Monats** von 17.30 bis 19.00 Uhr im Nachbarschaftszentrum „Bürger für Bürger“ der Volkssolidarität, Brunnenstr. 145, 10115 Berlin – und
- an jedem **dritten Mittwoch des Monats** im Kreativhaus, Fischerinsel 3, 10179 Berlin.

BEI ANDEREN GELESEN

nd. Der Tag schreibt: „Die Linke hat ihren Parteitag von Halle ermutigt und optimistisch abgeschlossen – das ist eine Nachricht, weil es nicht selbstverständlich ist. Denn es wären auch andere Szenarien denkbar gewesen. (...) Dieser Parteitag war eine Etappe im Kampf der Linken um ihr Überleben als bundesweit relevante politische Kraft.“ Die **junge Welt** konstatiert: „Der Parteitag war von dem Bemühen geprägt, ein Jahr vor der Bundestagswahl ein Aufbruchsignal zu senden und nach innen zu integrieren. Ein substantieller Richtungsstreit blieb aus.“ Bei der **taz** lesen wir: „Ein Parteitag alleine kann die Partei nicht aus ihrer tiefen Krise führen. Doch das Event in Halle hätte sie endgültig in den Abgrund stürzen können. Das ist nicht passiert.“ Die **Berliner Zeitung** bleibt skeptisch: „In Halle klangen einige Linke so aufgekratzt, dass man der Partei das Überleben zutrauen könnte. Aber traditionell kann es mit der Einigkeit auch schnell vorbei sein.“ Die **Süddeutsche Zeitung** meint: „Deutschland braucht eine demokratische linke Partei. Eine Partei, die die gegenwärtigen Sorgen der Menschen in den Mittelpunkt rückt, die ja im Grunde ohnehin linke Kernthemen sind: horrenden Mieten, die sich auch Normalverdiener in den Großstädten kaum leisten können; Lebensmittelpreise, die den Einkauf im Supermarkt für zu viele zur Belastung werden lassen; fehlende Pflege- und Lehrkräfte sowie fehlende Kita-Plätze. Die Liste der Probleme, die die Menschen umtreiben, ist lang und bietet genug Raum für linke Positionen. Demokratie lebt von der Vielfalt, von der Debatte, von der Kontroverse und vom Gegenstandspunkt. Insofern wäre es nicht nur für sie selbst bitter, wenn Die Linke den Einzug in den nächsten Bundestag verpasste.“ „Die Kernthemen der Linken,“ so die **Berliner Morgenpost**, „treiben nach wie vor auch Wählerinnen und Wähler um: Bei jeder der drei jüngsten Landtagswahlen gaben sie an, dass das Thema soziale Sicherheit für sie wahlentscheidend war. Bei Jugendlichen kommt die Angst vor Armut laut einer aktuellen Studie inzwischen direkt nach der Angst vor Krieg.“ Schließlich die **Augsburger Allgemeine**: „Eine runderneuerte Linke wäre ein Angebot, das gerade in Zeiten des ständigen Rechtsrucks wohl wieder Zuspruch finden könnte.“

Politisches Konzept gegen Mietenexplosion dringend notwendig.

Die Bezirksverordnetenversammlung (BVV) in Berlin-Mitte hat das Bezirksamt auf Initiative der Partei Die Linke ersucht, zusammen mit anderen Bezirken und der Stadt Frankfurt/Main ein Musterverfahren nach dem Wirtschaftsstrafgesetz § 5 gegen Vermietende zu entwickeln, die unangemessen hohe Mieten verlangen (z.B. über 20 Prozent über vergleichbare Mieten).

quoten. Angesichts der seit 2022 stark gestiegenen warmen Nebenkosten liegt die tatsächliche Wohnkostenbelastungsquote durch die Bruttowarmmiete noch höher. Nach dem Statistischen Bundesamt (www.destatis.de) wird Wohnen für zunehmend mehr Mieter*innen-Haushalte zum Armutsrisiko!

Ständig steigende Mieten als Wohnkostentreiber sind keineswegs ein Automatismus. Denn die Vermieter*innen



Demo in Berlin-Mitte gegen den kaum noch bezahlbaren Mietenwahnsinn

Nach der Gesetzeslage ist das Bezirksamt längst dazu verpflichtet, das Gesetz gegen Mietwucher umzusetzen, handelt aber nicht. Andere Städte wie Frankfurt/Main tun dies bereits erfolgreich. Die bisherige Hinhaltenaktik Berliner Bezirke, es sei so schwierig, den Nachweis zu führen oder qualifiziertes Personal dafür zu finden, ist fadenscheinig.

Die Initiative der Fraktion Die Linke in Mitte gegen über zwanzig Prozent überhöhte Mieten beinhaltet aber nur einen Teil der Forderungen der Linken: Die Linke setzt sich für ein starkes soziales Mietrecht insgesamt ein, denn die Mietenkrise verschärft sich für alle Mieter*innenhaushalte Deutschlands:

Die Bestands-, Wiedervermietungs- und Erstvermietungsrenten steigen flächendeckend. Durch die Bruttokaltmiete hat etwa ein Drittel aller Mieter*innenhaushalte eine Mietenbelastung von über 30 Prozent, mehr als jeder siebte bereits über 40 Prozent. Haushalte, die nach 2019 eingezogen sind, haben überdurchschnittlich hohe Mietenbelastungs-

nutzen dafür die bisher sehr zahlreichen Möglichkeiten des bestehenden Mietrechts. Dieses gegenwärtige Mietrecht erfüllt durchaus nicht das vorgegebene Ziel eines ausgewogenen Verhältnisses zwischen Vermieter*innen und Mieter*innen.

Eine Vielzahl von Defiziten beim Mieter*innenschutz im derzeitigen Gesetz haben gerade auch die Bundesländer festgestellt, u.a. bei der Vermietung von möbliertem Wohnraum oder der Kurzvermietung von Wohnraum in Gebieten mit einem angespannten Wohnungsmarkt.

Trotzdem hat die Ampelregierung seit Legislaturbeginn keine parlamentarische Initiative und keinen Gesetzentwurf zwecks Verbesserung des Mietrechts zustande gebracht, sondern nur bloße Versprechen, denen keinerlei Handlungen bei den offenkundigen Problemen folgten. Diese Hinhaltenaktik ähnelt stark dem Nichtstun des Berliner Senats auf dem Gebiet der unangemessen hohen Mieten über 20 Prozent.

Rainer Scholz

Mitte im Blick – Mitte im Herzen

Als Kommunalpolitiker bin ich kein Nah-Ost-Experte. Ich maße mir nicht an, die real existierende Komplexität all dessen zu durchdringen. Der Komplexität ist es egal, ob wir sie begreifen oder nicht. Was nicht egal ist, sind ermordete unschuldige Menschen in Krieg und Terror, weil das immer furchtbar ist. Und ebenso sind unser gemeinsamer Kampf gegen Rechts und der aufrichtige Kampf gegen jeden Antisemitismus, Rassismus und jegliche Diskriminierung nicht egal.

Ich verstehe, dass Menschen, die versuchen, uns einen differenzierten Blick zu öffnen, es in der Enge drinnen nicht mehr aushalten und sich entscheiden, draußen für die wichtigen Themen weiterzukämpfen. Das können wir nach wie vor gemeinsam tun, für die Menschen auf dieser Welt, in dieser Stadt, in diesem Bezirk. Denn manchmal wird auch für mich Zuhören zu einer echten Herausforderung und ich ertappe mich dabei, wie ich insgeheim einen Fluchtweg herbeisehne. Denn was verloren geht in einer schwarz-weißen Weltsicht, ist die Menschlichkeit, die Behutsamkeit im Umgang mit dem Anderen, die

Vorsicht angesichts des eigenen Nichtwissens. Denn, wenn es nur zwei Seiten gibt, dann ist der, der nicht mein Freund ist, mein Feind.

Unser Bezirk und seine Bewohner*innen sind mein Herzensthema. Politische Entscheidungen, gerade in krisenhaften Zeiten, treffen diejenigen besonders hart, die keine starke Lobby haben: Kinder, Jugendliche, Senior*innen, Alleinerziehende, wohnungs- und obdachlose Menschen, Suchterkrankte, Geflüchtete und viele mehr. Auch die Mitarbeitenden in der Verwaltung und bei freien Trägern, Erzieher*innen und Beschäftigte im Gesundheitswesen oder im Jugendclub sollen – unter sich verschlechternden Bedingungen – immer mehr leisten. Ihre Bedürfnisse zu kennen, verstehe ich als Auftrag. Für sie setze ich mich ein.

Auch hier sind Gesprächsbereitschaft und komplexe Gemengelage mein tägliches Brot. Wenn wir mitgestalten wollen, müssen wir den Möglichkeitsraum, in dem wir uns bewegen, sehr gut kennen. In meiner Arbeit bin ich in den vergangenen Jahren unzähligen Menschen begegnet und habe be-



© Ben Gross

wusst das Gespräch gesucht. So ziehen sich meine Fragen und mein Zuhören wie ein roter Faden durch meine Zeit als Bezirksstadtrat – sie sind mein bewusst gewähltes Werkzeug, um gemeinsam Lösungen zu finden. Effektives Handeln braucht Kontinuität und Verbündete. Nur so kann ich, nur so können wir eine starke Stimme für die Menschen in unserem Bezirk sein.

Christoph Keller,
Bezirksstadtrat der Abteilung Jugend,
Familie und Gesundheit

Wohnen, öffentlicher Raum und Sport im Fokus der linken BVV-Fraktion

In der letzten BVV-Sitzung haben wir mehrere Anträge zu Sport, Wohnen und öffentlichem Raum auf den Weg gebracht. Sie sollen das Zusammenleben und die Biodiversität verbessern und für mehr soziale Gerechtigkeit sorgen. Besonders betroffen von der Gestaltung öffentlicher Räume sind obdachlose Menschen, für die sogenannte „defensive“ Architektur ein Problem darstellt.

Diese Art von Gestaltung, etwa durch die Verwendung von harten und kalten Materialien, verhindert, dass öffentliche Plätze länger genutzt werden oder als Schlafplatz dienen können. Unser Antrag gegen solche, oft obdachlosfeindliche Architektur wurde angenommen: Das Bezirksamt soll sich künftig gegen deren Verwendung bei öffentlichen Planungsvorhaben einsetzen. Ein weiterer wichtiger Punkt betrifft die Grünflächen entlang der Straßen. Das

oft unscheinbare Straßenbegleitgrün hat eine erstaunlich hohe Artenvielfalt und bietet Lebensräume für viele Pflanzen, Tier- und Insektenarten. Unser Antrag zur Förderung der Biodiversität in diesen Grünstreifen fordert das Bezirksamt dazu auf, seltener zu mähen – besonders Mahd im Mai sollte ausgesetzt werden –, um die Artenvielfalt zu erhalten und zu fördern.

Auch Wohnraum ist immer wieder ein wichtiges Thema: Wohnmodelle wie Kurzzeitvermietungen, Ferienwohnungen und möbliertes Wohnen dienen häufig dazu, die Mieten in die Höhe zu treiben, indem rechtliche Lücken ausgenutzt werden. Unser Antrag, der ebenfalls Zustimmung fand, sieht vor, dass das Bezirksamt planungsrechtliche Schritte gegen diese unsozialen Wohnmodelle prüft und durchsetzt. Schließlich war auch der Sport für Geflüchtete ein Thema. Denn wenn der



eigene Wohnraum mehr Stressfaktor als Rückzugsort ist, können Sport und Bewegung einen wichtigen Ausgleich leisten. Wir fordern daher neue Sportangebote und mehrsprachige Bewerbung bestehender Aktivitäten in den Unterkünften. Dieser Antrag wird nun weiter in den Ausschüssen beraten.

Rosa Schick,
Geschäftsführerin der BVV-Fraktion

KURZNACHRICHTEN

► Nachbarschaftspreis für Kieztreff im Wedding

Der Kieztreff „Kamine und Wein“ im Soldiner Kiez ist von der Stiftung „nebenan.de“ mit dem Deutschen Nachbarschaftspreis 2024 ausgezeichnet worden. Die ehrenamtliche Initiative hat einen früheren Kamin- und Weinhandel in einem Vorderhaus der Prinzenallee in ein Wohnzimmer für die ganze Nachbarschaft verwandelt. Seit September 2023 kommen dort Menschen zu Spieleabenden, Jam-Sessions, Theater-Workshops, Lesungen, aber auch zur Mieterberatung, Sprach-Café und Nachhilfe zusammen. Der Kieztreff ist eines von insgesamt 16 Siegerprojekten aus den Bundesländern.

► Höchstparkdauer rund um den Gendarmenmarkt

Die Höchstparkdauer wurde in Mitte vom Bezirksamt für die Straßen rund um den Gendarmenmarkt eingeführt. Autofahrer ohne Anwohner-Vignette dürfen dort noch maximal vier Stunden gegen Gebühr parken. Die neue Regelung soll die Parksituation für Anwohner, lokale Gewerbetreibende und Anlieger verbessern. Anwohner mit Vignette sind von der Höchstparkdauer ausgenommen.

► Orgel des Konzerthauses saniert

Die hauseigene Orgel des Konzerthauses auf dem Gendarmenmarkt wurde saniert. Seit der Wiedereröffnung des prächtigen Schinkelbaus 1984 in der DDR nach der Zerstörung im Zweiten Weltkrieg waren ihre 5800 Pfeifen dauerhaft in Betrieb - bis das Alter sie einholte und die Königin der Instrumente zu schwächeln begann. Die Orgelbaufirma Jehmlich aus Dresden hat das im Auftrag der Berliner Immobilienmanagement GmbH übernommen. Die Orgel ist ein Unikat und speziell für das Konzerthaus von der Firma Jehmlich entwickelt und gebaut worden.

► Gutachten nach Brand im Teehaus

Ein Gutachten soll klären, ob das Teehaus im Englischen Garten abgerissen werden muss. Der Denkmalbau war am 8. September abgebrannt. Das Landeskriminalamt hat inzwischen die Ermittlungen zur Brandursache aufgenommen. Die Liegenschaft gehört dem Bezirk Mitte. Das Grünflächenamt hat das Haus gegen unbefugtes Betreten gesichert und mit der Gebäudeversicherung Kontakt aufgenommen.

Große Erwartungen Luisa Mayers nach dem Parteitag in Halle

Luisa Mayer will Ägyptologin werden. Sie zog von Kronach über die 350 km nach Berlin, um an der Freien Universität im Fachbereich Geschichts- und Kulturwissenschaften das alte Ägypten zu studieren. Schon in ihrem Heimatort war sie an feldarchäologischen Grabungen an mittelalterlichen Anlagen beteiligt.

Nächstes Jahr kommt dann die Masterarbeit dran.“

Ihre Berliner Genossen fand Luisa Mayer zuerst per Instagram in Neukölln. „Ich half beim Aufbau der ‚Linksjugend Solid‘, gehörte zu deren Landessprecherrat und bald auch zur kommunistischen Plattform.“



Auf dem Marktplatz der oberfränkischen Stadt stieß sie eines Tages auch auf einen Info-Stand der Linkspartei. „Deren starkes Auftreten für Friedenspolitik beeindruckte mich besonders“, erinnert sie sich. „Mein Opa hatte mir erzählt, dass er im Zweiten Weltkrieg fast alle seiner 12 Brüder verlor. Das verband mich gleich mit der Partei“. Mit 17, nach den Europa-Wahlen 2019, wird Luisa Mitglied, gehört dem Kreisverband Coburg/Kronach an.

Ihr Studienwunsch bringt sie gleich nach dem Abitur zur FU nach Dahlem. Um ihn mit zu finanzieren und zugleich die Historie ihrer neuen Wahlheimat kennenzulernen, arbeitete sie zwei Jahre in ihrer Freizeit in der Miniatur-Schau „Little Big City“ am Fuße des Fernsehturms.

„Die ersten Semester an der Uni absolvierte unsere kleine Ägyptologie-Gruppe online mit Corona-Masken, jetzt schreibe ich die Bachelor-Arbeit zu Erkenntnissen über die in der mittelägyptischen Fundstätte Amarna entdeckte Bekleidung der damaligen Bewohner.

Seit Januar dieses Jahres sitzt Luisa im Karl-Liebnecht-Haus als Landesgeschäftsführerin von „Linksjugend Solid“, ist für die 1000 kleinen Dinge der 600 Mitglieder verantwortlich. „In deren Auftrag war ich zum jüngsten Bundesparteitag der Linkspartei in Halle“. Nun hofft sie, dass die Wahl des neuen Bundesvorstandes und die gefassten Beschlüsse die Partei wieder voranbringen, „wir uns konzentrieren können auf unsere Aufgaben, eng mit den Bürgern für soziale Gerechtigkeit zu sorgen und nicht zuletzt die Friedensbewegung zu stärken. Der Parteitag war ein großer Schritt in die richtige Richtung“. Und sie will mehr Solidarität mit Kuba. „Im Frühjahr war ich mit einer Soli-Brigade von ‚Cuba Si‘, ‚Linksjugend Solid‘ und dem SDS auf der Karibikinsel, wir halfen in der Landwirtschaft, erlebten aber auch die gewaltigen Probleme des kubanischen Volkes im Ergebnis der brutalen Blockade der USA“. Mögen die Erwartungen von Luisa Mayer und vieler Genossinnen und Genossen in Erfüllung gehen! **Matthias Herold**

Klimaangepasst, tourismusnah, denkmalgeschützt?

Plumpe Reden, politische Phrasen, Gefühl statt Vernunft, selbst Trumps Wahlsieg ist vorhersehbar. Folgenreich war nicht nur der AfD-Erfolg, die Linke krankt intern an ihrem modernisierten anti-jüdischen Erbe und ignoriert weiterhin nichtreligiöse und nationaljüdische Identitäten ...

Im Monat der Revolutionen und des Novemberpogroms 1938, damals im Volksmund „Kristallnacht“ genannt, herrscht trübe Stimmung. 1989 erinnerten vor der Ruinen-Synagoge Oranienburger Straße vor allem Überlebende und deren Nachfahren an jene Pogrome, schon irritierte neuer Fremden- und Judenhass... Einst hieß die ziemlich jüdische Gegend am Hackeschen Markt Berlin N 54. In den Hackeschen Hofdurchgängen ist davon auf 29 großen, mit Text und Fotos von Klaus Bädicker und aus der Sammlung Stefan Wolski versehenen Tafeln zu erfahren, von Sophien-, Rosenthaler-, Große Hamburger- und Oranienburger Straße, Kriegsschäden, DDR-Neubau, Wende- und Nachwendzeit. Übersehe ich jüdische Vereine, die politischen, kulturellen, sozialen,

auch die für Flüchtlinge, Bildung und Sport? Ich bin zu klein für das Kleingedruckte... 1750 ließ Stadtkommandant Hans Christoph Friedrich von Hacke den späteren Hackeschen Markt auf Sumpfuntergrund anlegen, 1906 folgten Wohn- und Gewerbehöfe zwischen Rosenthaler- und Sophienstraße, heute locken Jugendstilfassaden, Wohnen, Arbeiten, Konsumieren, Gastronomie, Kultur jährlich fast 2 Millionen Touristen.

Fast vergessen ist der jüdische und der proletarische Alltag, behutsam restauriert, zumindest repariert sind Sophienkirche, Hedwig-Krankenhaus, Synagoge, Clärchens Ballhaus, Handwerkerhaus, die schmalen Straßen, verschwunden Brikettthöfe, Ställe, Kolonial- und Galanteriewaren, altbackene Bäcker, Molkereien, Kneipen, Handwerker. Die heute hier Wohnenden und die Gastronomie haben neue Beziehungen, Bilder, Gerüche, Geräusche ... Fußläufig, unwirtlich jetzt der Alexanderplatz, auch dem Schloss Humboldt-Forum fehlt der urbane Charme, sind erst Schleusen- und Rathausbrücke erneuert, erhält die Südseite Brunnen, Pflanzen, Bäume, Sitzgelegenheiten,



Verführerische Offerten allerorts

Schatten und Fußgängerstraße. Auch die Nord- und die dem Lustgarten zugewandte Seite, Flusstreppe und Einheits-Wippe, Friedrichstraße, Unter den Linden, Brandenburger Tor und Hauptbahnhof laden nicht gerade zu heimeligem Verweilen ein. Kamen wirklich 50 000 neue Neuberliner? Abends scheinen auch sie am Rosenthaler Platz zu sein ...

Irene Runge

Mehr Durchblick dank Rückblick und Ausblick

November ist Museumszeit! Das **Museum für Kommunikation** in der Leipziger Straße zeigt jetzt die erste umfassende Ausstellung über Nachrichten in Deutschland. Dabei werden besonders die Rolle und die Arbeitsweise von Nachrichtenagenturen dargestellt, die täglich Presse, Funk und Fernsehen mit aktuellen Meldungen versorgen. Auch Ihren eigenen Umgang mit Nachrichten können Sie in dieser interaktiven Sonderausstellung hinterfragen.

Im **Brücke-Museum** läuft noch bis zum 24. November die Ausstellung „Biografien der Moderne. Sammelnde und ihre Werke“. Das Haus am Bussardsteig 9 in Berlin-Dahlem besitzt die weltweit größte zusammenhängende Sammlung von Werken der expressionistischen Künstlergruppe „Brücke“, es wurde von Kritikern zum „Museum des Jahres 2023“ gewählt.



Das Brücke-Museum betreibt seit 2018 eine intensive Provenienzforschung mit dem Ziel, vom nationalsozialistischen Regime geraubte Kunstwerke ausfindig zu machen und mehr über ihre ehemaligen, heute oft vergessenen Eigentümer zu erfahren. Vorgestellt werden acht jüdische Sammlerinnen und Sammler, die Künstlerinnen und Künstler der Brücke-Gruppe unterstützt und gefördert haben. Zu sehen sind

unter anderem Arbeiten von Ernst Ludwig Kirchner, Max Pechstein, Karl Schmidt-Rottluff und Oskar Kokoschka.

Zimmerpflanzen werden oft liebevoll gehegt und gepflegt, mitunter geraten sie auch ins Abseits, verkümmern bei wenig Licht und Wasser. Wie offenbaren Pflanzen menschliches Verhalten? Wie gestaltet sich die Beziehung zwischen Mensch und Pflanze? Dem geht die Ausstellung „**Orangerie der Fürsorge**“ nach. Sie ist bis zum 17. November in der Karl-Liebknecht-Straße 11/13 zu sehen. Die Künstlergruppe PARA zeigt auch, was Gummibaum, Yuccapalme und Monstera mit der Kolonialgeschichte zu tun haben.



Wie wollen wir künftig leben? Anstöße gibt das „**Futurium - Haus der Zukünfte**“. Es befindet sich zwischen Reichstag und Hauptbahnhof. Dargestellt werden unterschiedliche Zukunftsentwürfe, nicht immer sind es fertige Konzepte, jedoch zeigen sie Herausforderungen, vor denen Wissenschaft, Wirtschaft und Politik stehen. Der Zusammenhang zwischen Mensch, Natur und Technik wird aus verschiedenen Perspektiven betrachtet. Ein Restaurant bietet saisonale und regionale Küche sowie spezielle Kindergerichte.

Georg Fehst

Mieter*innen aller Häuser vereinigt euch! Die Linke hilft dabei

Probleme mit der Hausverwaltung, unverschämte Mieterhöhung oder rechtswidrige Nebenkostenabrechnungen – all das ist in Berlin keine Seltenheit! Doch es geht ein Gespenst um in der Stadt: das Gespenst der Mieter*innenversammlung. In den letzten Monaten hat Die Linke zahlreiche solcher Versammlungen angestoßen oder unterstützt. Was dreisten Vermieter*innen nämlich wirklich Angst macht, sind Mieter*innen, die sich verbünden.

Gemeinsam mit engagierten Genoss*innen aus Moabit-Tiergarten haben wir kürzlich eine solche Versammlung initiiert. Die Probleme in dem betroffenen Haus sind groß: grundlose Mieterhöhungen, notwendige Sanierungen, die nicht umgesetzt werden, und etliche (fadenscheinig) befristete Mietverträge, die zum 31.12. auslaufen. Dabei ist völlig unklar, ob die Mieter*innen zu Neujahr wohnungslos werden oder – wie in der Vergangenheit schon oft passiert – neue befristete Mietverträge ausgestellt werden. Eine unzumutbare Unsicherheit. In dem Haus wohnen

über 200 Parteien, die wenigsten kennen sich gut oder wissen überhaupt, dass ihre Probleme kein Einzelfall sind. Das hat sich nun geändert. Die erste Mieter*innenversammlung war mit mindestens 70 Teilnehmenden brechend voll. Das lag sicherlich auch an den vielen Linken aus dem Bezirk, die an den Türen geklingelt und die Leute persönlich zur Versammlung eingeladen haben.

Auf der Veranstaltung kamen die Mieter*innen nicht nur selbst zu Wort, es war auch ein Anwalt da und eine Person, die selbst schon eine erfolgreiche Mieterinitiative gegründet hat. Die rechtliche Beratung wurde rege angenommen und die vielen Fragen beantwortet, die den Bewohner*innen auf dem Herzen lagen. Die Perspektive einer anderen Mieterinitiative hat zudem Mut gemacht, selbst aktiv zu werden.

Nach der Veranstaltung blieben viele Hausbewohner*innen noch, um sich bei einem Getränk besser kennenzulernen. Nummern wurden ausgetauscht, eine Whatsapp-Gruppe gegründet. Im besten Fall war das ein erster Anstoß und die nächsten Versammlungen werden



ohne uns geplant. Mit dem Wissen, dass wir mit Rat und Tat zur Seite stehen. Oft braucht es nur einen kleinen Funken, um ein Feuer zu entfachen. Wir als Linke können dieser Funke sein!

Der Vermieter ist übrigens sofort unruhig geworden, als er von der Versammlung hörte und hat beunruhigte Rückfragen beim Veranstaltungsort gestellt. Es stimmt wirklich: Wenig bereitet Vermietern so viel Sorge wie eine solidarische, vernetzte Mietergemeinschaft.

Anne Helm,
Co-Vorsitzende der Linksfraktion im
Berliner Abgeordnetenhaus

Die Linke: Weichenstellungen beim Bundesparteitag in Halle (Saale)

Auf ihrem Bundesparteitag (18.–20.10.2024) stellte Die Linke wichtige Weichen für die Zukunft. Routinemäßig wurde der Parteivorstand neu gewählt.

Neue Parteivorsitzende wurden die Publizistin Ines Schwerdtner und der Biologe Jan van Aken. In seiner Bewerbungsrede machte van Aken klar, dass er der „Mehrheit in diesem Land wieder eine Stimme“ geben will – vor allem denjenigen, „die das Land am Laufen halten, die sich jeden Tag krummlegen und am Ende des Monats doch zu wenig Geld in der Tasche haben.“ Ines Schwerdtner betonte, dass Die Linke als Friedenspartei entstanden ist und eine Friedenspartei bleiben wird. Die Aussagen der beiden neuen Parteivorsitzenden markieren zwei Positionen, die für die weitere politische Arbeit der Partei Die Linke zentral sind: erstens eine klare Interessenpolitik für die ausgebeuteten und „abgehängten“ Menschen und zweitens ein konsequentes Eintreten

für Antimilitarismus, Abrüstung und „Friedenstüchtigkeit“ sowie die Ablehnung jedweder Legitimierung von Krieg und Aufrüstung.

Neben personellen Weichenstellungen beschloss der Parteitag auch inhaltliche Positionierungen. Davon standen vor allem zwei Anträge im Fokus der öffentlichen Wahrnehmung: zum einen der Antrag zum bedingungslosen Grundeinkommen, zum anderen der zum Nahostkonflikt. Beide Anträge enthielten politischen Sprengstoff und hohes Spaltungspotenzial. Für beide Anträge gelang es den neuen Vorsitzenden, die jeweiligen Kontrahenten zusammenzuführen und gegenseitige Verständigungsprozesse zu initiieren. Am Ende standen Formulierungen, mit denen sich beide Seiten identifizieren konnten, ohne dass es zu Verfälschungen und Gesichtsverlusten kam. So heißt es im letztendlichen Parteitagsbeschluss zum Nahostkonflikt unmissverständlich:

„Wer (...) antisemitische Ressentiments befeuert, wer das Existenzrecht Israels in Frage stellt, wer gegen jüdische Menschen hetzt oder den Terror der Hamas relativiert, kann für uns ebenso wenig Bündnispartner*in sein wie diejenigen, die rassistische, anti-muslimische oder anti-palästinensische Angriffe und Propaganda gutheißen oder betreiben.“

Der Antrag zum bedingungslosen Grundeinkommen wurde vom Parteitag mehrheitlich abgelehnt. Auch hier streckten die neuen Vorsitzenden die Hand aus und versprachen, dass das Thema nicht ad acta gelegt, sondern innerparteilich weiter diskutiert wird.

Es wird sich zeigen, ob dies einmalige Taten der neuen Vorsitzenden bleiben, oder ob sich damit auch eine neue Kultur der Verständigung ankündigt, die der konfliktgebeutelten Partei Die Linke neue Kraft und Ausstrahlung verleihen kann.

Michael Frey

DAS IST DAS LETZTE

Vertreterinnen und Vertreter aller demokratischen Parteien zeigten sich kürzlich an den Wahlenden entsetzt über die Ergebnisse der AfD. Kanzler Scholz aber freute sich zugleich mächtig, dass in Sachsen „die düsteren Prognosen in Bezug auf die SPD nicht eingetreten sind“. In Thüringen kam die CDU deutlich hinter der Höcke-Partei ein und bejubelte sich selbst als „stärkste Kraft der demokratischen Mitte“. Dietmar Woidke feierte in Brandenburg einen 1,7 Prozentpunkte-Vorsprung als Triumph. Welche Maßstäbe gelten hierzulande?

Als Friedrich Merz 2018 vergeblich als CDU-Vorsitzender kandidierte, traute er sich zu, „die AfD zu halbieren.“ Das Ergebnis ist bekannt. So mag er an diesen Spruch nicht gern erinnert werden. Wenn doch, hat er eine simple Erklärung parat: „Wenn die Politik der Bundesregierung die AfD jetzt wieder stärkt, dann kann die Opposition sie nicht halbieren.“ Mir liegt es fern, in der regierenden (?) Streithammelherde Unschuldslämmer zu sehen. Aber interessant ist schon, womit Merz die Koalition – oft ungeachtet jeglichen Realismus – vor sich hertreibt: Dem Drängen, ohnehin schon mäßige sozial- und klimapolitische Standards weiter zu senken; den unablässigen Forderungen nach noch mehr Hochrüstung und einem weiteren Ausbau der Festungen Deutschland und Europa. Gegebenenfalls müsse halt das Grundgesetz passend gemacht werden. Von Franz Müntefering, Merz' sauerländischem Landsmann, stammt der Spruch, wonach Opposition Mist ist. Der Unionschef beweist nunmehr, dass man in der Opposition auch viel Mist machen kann.

Der „SPIEGEL“ weist auf eine ganz andere Halbierung hin: „Ein halbiertes Antifaschismus, der die Faschisten ausgrenzt und zugleich Positionen übernimmt, trägt am Ende des Tages zur Normalisierung der Faschisten bei.“ Insofern trifft für Merz wohl zu, was Johann Wolfgang Goethe vor knapp 250 Jahren aufschrieb: „Halb zog sie ihn, halb sank er hin.“

Schorsch

Natürlich helfen Notübernachtungen, ein Tropfen auf den heißen Stein bleiben sie aber dennoch.

Ich leihe heute einem obdachlosen Menschen meine Stimme:

„Die letzten Wochen war es zu heiß für obdachlose Menschen, die nächsten Tage werden zu nass. Dann wird es zu kalt. Oft habe ich Hunger und der Magen knurrt. Manchmal werde ich angespuckt, geschlagen, an anderen Tagen nur beleidigt.

Mal sind die Stimmen, die ich höre, zu laut, machen mir Angst, selten sind sie freundlich. Gerade sind die Zahnschmerzen unerträglich. Mal drücken die Schuhe, weil sie eine Nummer zu klein sind und ich laufe mir Blasen. Und wieder trinke ich unvernünftig viel. Immerhin, ich bin aufgestanden und ich lebe.

Und die Schuhe habe ich auch richtig herum angezogen, sie vernünftig zubinden, kriege ich gerade aber nicht hin. Mein Gott, die Blasen sind doch blutig. Macht mir jemand bitte die Schuhe zu, kümmert sich jemand um meine Wunden? Und ich rieche nicht nur, ich stinke. Seit Tagen nehme ich mir vor zu duschen und seit Tagen verschiebe ich es. Wie sieht eine neue Unterhose aus?

Ein Kaffee wäre jetzt gut, etwas Hoffnung auch und ein Himmelreich für einen gütigen und barmherzigen Gott. Jesus hast du sterben lassen, mich lässt du am Leben. Ist das eigentlich fair?

Ich möchte reden, egal mit wem; zur Not dann halt mit mir. Manchmal mache ich eine Tour über die Friedhöfe, auf jedem liegt ein Kumpel, Kati in Tempelhof. Ein Schluck auf Kalle – er hat's geschafft. Und ich habe gehört, sie wollen Obdachlosigkeit bis 2030 überwinden: Nicht nur in Berlin, auch in Deutschland, sogar in Europa. Dann wird mir ja endlich geholfen. Wie viele Winter sind das noch? Ich vertraue! Die paar Jahre kriege ich auch noch hin!

Wenn ich nur nicht so oft betrogen und angeschissen worden wäre im Leben! Sie haben es aber versprochen, sogar im Kabinett, sogar der Bürgermeister. Stand doch in der Zeitung. Vertrauen, vertrauen, vertrau ... 2030 bin ich doch erst 78 Jahre alt. Alles wird dann gut. Ein paar gute Jahre auf dem Sofa ...“

Im Oktober öffneten einige Notübernachtungen für obdachlose Menschen in Berlin, die restlichen folgen im November. 1010 Schlafplätze für geschätzte 6500 Menschen, die draußen leben, sind das dann, die Rechnung geht aber nicht auf. Der Staat, die Stadt, das Gemeinwohl lassen sie überwiegend allein. Deshalb ist Deine Hilfe wichtig. Schlafsäcke fehlen in der Bahnhofsmision Zoo, Geld überall und praktisch mit anpacken kannst Du an vielen Orten.

Vergelt's Gott.

Dieter Puhl

Spenden an: Verein für Berliner Stadtmission

IBAN: DE67 3702 0500 0003 1555 00 BIC: BFSWDE33XXX

Verwendungszweck: Bahnhofsmision Zoo



Impressum:

Bezirksvorstand Berlin-Mitte
der Partei DIE LINKE

Geschäftsstelle: Kleine Alexanderstr. 28, 10178
Berlin

Telefon: 24 009 336/204

E-Mail-Adresse: info@die-linke-berlin-mitte.de

Internet: www.dielinke-berlin-mitte.de

V.i.S.d.P.: Thilo Urchs

Satz + Druck: R. Serinek / Druckerei Gottschalk,
Berlin

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Eine Parallelität zwischen grammatischem und natürlichem Geschlecht (Genus und Sexus) besteht nicht. Bezeichnungen mit der Endung –innen werden deshalb nur verwendet, wenn ausschließlich von weiblichen Personen die Rede ist.

Redaktionsschluss: 29.10.2024

Ausgabetag für Nr. 12/2024 – 05.12.2024



Wir gratulieren im November zum Geburtstag!

- Zum 98. Günter Gumpel
- Zum 95. Dina Lask, Rosemarie Walter
- Zum 91. Hannelore Gürnth
- Zum 89. Rudolf Jürschick
- Zum 88. Dieter Neumann
- Zum 86. Bärbel Siegmund, Günther Heimann, Wolfgang Ulke
- Zum 83. Hilde Ettinger, Gertraude Meisel
- Zum 82. Hans Coppi
- Zum 70. Helmut Schröder